

Die Konsequenzen
des Referendums
zur Staatenteilung
sind noch nicht ausgemacht

Gespensische Stille um den Sudan

Uwe Nerger

Man kann sich eigentlich nur wundern. Nicht darüber, dass der national und international angeschlagene Präsident des Sudan, Bashir, das Referendum nicht mit allen militärischen Mitteln zu verhindern versucht hat – letztendlich ein Erfolg Präsident Obamas –, und auch nicht darüber, dass nahezu einhundert Prozent der südsudanesischen Stimmberechtigten für eine Unabhängigkeit des Südens votiert haben. Nein, Verwunderung hat ausgelöst – und sollte uns zu denken geben –, wie ein afrikanisches Ereignis derartigen Ausmaßes nicht nur in der wahrgenommenen deutschen Außenpolitik, sondern auch in der deutschen Presse erschreckend wenig Beachtung findet. Stützt diese gespenstische Stille ums Neue die These vom „vergessenen Kontingent“? Oder sieht man hier einer unheilvollen Entwicklung zum „ignorierten Kontingent“ entgegen, die Maghreb-Staaten einmal ausgenommen?

Ein Land im medialen Vakuum

Der südsudanesische Freiheitswille, der möglicherweise für die Explosion in den afrikanischen Mittelmeerstaaten unbewusst und ungewollt die Zündschur lieferte, wurde – eine Ironie des Schicksals – durch dessen Druckwelle noch weiter an den Rand des internationalen Interesses geschleudert.

Führten die Südsudanesen – mit der Vorbereitung des Referendums – den ersten Akt des Stückes noch vor einem begeisterungsfähigen, internationalen Publikum auf, erlosch in der Folge schnell das

Interesse für das weitere Schauspiel, ungeachtet der Tatsache, dass das gute Drehbuch bereits fertiggestellt, gleichwohl der Ausgang lediglich zu erraten war. Die Hauptdarsteller im Norden und Süden hatten bereits die Bühne betreten, allein die Guten und die Schurken waren noch nicht zweifelsfrei ausgemacht. Keinen Zweifel gab und gibt es aber an der Rolle der Komparsen in diesem sich zu einem möglichen, ja wahrscheinlichen Drama entwickelnden Schauspiel: die Kinder, Jugendlichen, Frauen, Alten und Wehrlosen. Menschen, die trotz entwürdigender Verhältnisse mit Stolz beteuern, einzig und allein ihre Würde, nicht aber ihr Leben sei unantastbar. Werden wir in den nächsten Monaten mit einer Neuinszenierung eines alten, wiederaufflackernden Krieges – dann de jure „nicht mehr“ Bürgerkrieges – konfrontiert werden?

So ist es bezeichnend, dass es ein Massaker an 250 Menschen in der südsudanesischen Provinz Jonglei „lediglich“ in die *Frankfurter Rundschau* „schaffte“: „Anhänger des ehemaligen Offiziers [...] der Sudanesischen Befreiungsarmee garieten sich mit ihren einstigen Kameraden in die Haare. Die Gefechte zogen sich mehrere Tage lang hin. Hunderte von Zivilisten versuchten zu entfliehen, ertranken dabei jedoch in einem Fluss oder wurden auf der Flucht erschossen.“

Die Fraktion der Negierenden – und diese Fraktion ist groß – führt zwei Argumente zu ihrer Rechtfertigung an: Zum einen war die Lage schon immer so. Vier-

zig Jahre Bürgerkrieg ermüden den Zuschauer. Zum anderen halten ausgewiesene Vertreter des optimistischen Flügels entgegen, dass es nicht unbedingt und ohne jeden Zweifel zu erwarten sei, die Unabhängigkeit des Südsudans zu einem erneuten Waffengang führe. Man müsse die Entwicklung in den kommenden Monaten zunächst erst einmal beobachten, aufschreckende und inhaltsreiche Berichterstattung müsse der Sache der leidenden Bevölkerung nicht unbedingt dienlich sein.

Die internationale Staatengemeinschaft ist mit einem „neuen“ Staat konfrontiert, dessen Gründung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen und Handlungsfelder akzeptiert werden müssen. Im Falle des Südsudan ist mit dem Referendum bis heute ausschließlich ein Zwischenschritt erreicht worden, der als Erfolg, aber noch nicht als „Sieg“ gefeiert werden darf. Bis zur Etablierung und Konsolidierung werden von allen Akteuren noch große Kraftanstrengungen verlangt werden. Es werden noch schwierigere und höhere Hürden zu überwinden sein als das in dem verzerrenden, der Situation nicht gerecht werdenden Artikel im *Stern* vom 17. Februar 2011 dargestellte „Basteln“ an einer fehlenden Nationalhymne.

Treffender schreibt Jens Wiegmann in seinem Artikel in *Die Welt* vom 1. Februar 2011: „Der angesehene Oxford-Ökonom Paul Collier hat einmal aufgelistet, was ein Land auf seinem Weg aus der Armut behindert: eine Vorgeschichte von Konflikten [...], kein Zugang zum Meer, geringes Einkommen, geringes Wachstum, Korruption, Ressourcenreichtum. Es scheint, als hätte er dabei den Südsudan vor Augen gehabt.“

Wenn dem grundsätzlich auch nichts hinzuzufügen ist, so bleibt doch der wichtige Hinweis, dass die Aufteilung der Profite aus den Ressourcen – sprich primär dem Öl – voraussichtlich die Grundlage

für den Ausbruch eines Krieges bilden wird.

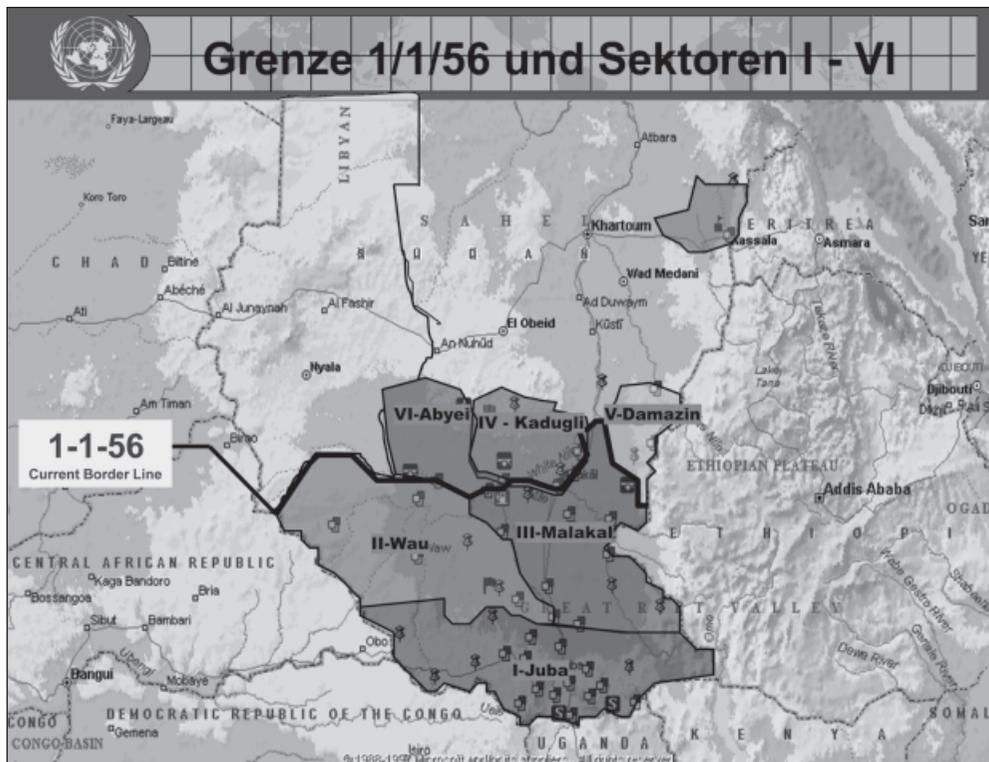
Aus militärischer Sicht lohnt es sich einmal, die auf die innere und äußere Sicherheit Einfluss nehmende Lage zum einen bei den Soldaten der SAF (Sudan Armed Forces), den Kämpfern der SPLA (Sudanese People's Liberation Army), den Angehörigen der JIUs (Joint/Integrated Units) sowie den Rebellen der ehemaligen OAG (Other Armed Groups) näher zu betrachten. Die Rebellenorganisationen in den Nachbarstaaten runden das Bild ab.

Sektoren, Kämpfer und ihre gesellschaftliche Rolle

Die Waffenstillstandszone ist in sechs Sektoren aufgeteilt, von denen jeweils drei Sektoren nördlich und südlich der zukünftigen Staatsgrenze (Borderline 1/1/56) zwischen Sudan und Südsudan liegen. Im Norden sind das von West nach Ost: Sektor VI „Abyei“ – dessen Zugehörigkeit zum Sudan oder Südsudan in einem separaten Referendum zu klären sein wird –, Sektor IV „Kadugli“ und Sektor V „Damazin“. Kadugli und Damazin gehören zum Sudan. Im Süden liegen die Sektoren I „Juba“ und die sich nördlich daran anschließenden Sektoren II „Wau“ und III „Malakal“. Mindestens diese drei südlichen Sektoren werden folglich den Südsudan ausmachen.

Mit der Unterzeichnung des CPA hatte sich der Norden verpflichtet, 46 000 Soldaten aus dem Süden, also den Sektoren „Juba“, „Wau“ und „Malakal“, aus dem Waffenstillstandsgebiet auf das Territorium des Nordens, aber nicht in die Sektoren IV, V und VI zurückzuverlegen. In dieser Zahl sind noch nicht die schätzungsweise 10 400 Bewaffneten der OAG inbegriffen, die in der letzten Phase des Bürgerkrieges aufseiten der SAF kämpften und ihre weitere Bündnistreue zum Norden bekunden. Auch wenn es sich bei der Verlegung und „Stationierung“ die-

Sektoren und Grenzen in der Waffenstillstandszone nördlich und südlich der zukünftigen Staatsgrenze zwischen dem Sudan und dem Südsudan.



ser Kräfte nicht unmittelbar um ein Problem des Südsudan handelt, so kommt aber zwangsläufig auf den Sudan die große Herausforderung zu, diese knapp 60 000 Soldaten in die regulären Streitkräfte oder die Gesellschaft zu integrieren. Auf jeden Fall wollen und müssen diese Kämpfer – als alleinige Ernährer ihrer Großfamilien – beschäftigt werden. In beiden Fällen könnten sie mittelbar, also bei einem Scheitern der Integration aus welchen Gründen auch immer oder einer „unkontrollierten Weiterbeschäftigung“, nicht nur eine latente Gefahr für den Südsudan darstellen.

Der Süden hatte sich verpflichtet, 59 000 Kämpfer aus dem Norden, also den Sektoren „Kadugli“, „Damazin“ und „Abyei“, in den südlichen Teil des Waffenstillstandsabkommens, das mindestens

dem zukünftigen Territorium des Südsudan entsprechen wird, zurückzuverlegen. Auch in dieser Zahl waren noch nicht die Rebellen der OAG enthalten, die aufseiten der SPLA kämpften und auf deren Seite verbleiben wollten. Hierbei handelte es sich um eine äußerst heterogene Truppe in einer Gesamtstärke von etwa 47 400 Mann. Für diese Kämpfer gilt gleichermaßen, dass sie nahezu ausschließlich die Alleinernährer ihrer Großfamilien sind. Auf den Südsudan kommt also die dauerhafte Integration von über 100 000 Kämpfern in die Gesellschaft oder die zu schaffenden regulären Streitkräfte zu.

Wird diese allein schon logistische Herkulesaufgabe scheitern, so bilden diese Menschen das Fundament für zukünftige Unzufriedenheit und sich daraus ergebende Unruhen. Kämpfer der OAG

haben sich im Besonderen dadurch ausgezeichnet, dass sie unkontrollierbar sind und im Laufe des Bürgerkrieges unzählige Male aus opportunistischen Beweggründen die Fronten gewechselt haben. Es ist bei einem Scheitern der Integration beziehungsweise Reintegration nicht auszuschließen, dass sich diese Kräfte, motiviert durch Existenznot und Machtstreben, auf die Seite des Nordens schlagen werden und den Südsudan von „innen“ in Brand stecken.

Problematik der Jointy/Integrated Units

Über diese Kräfte hinaus sieht sich sowohl der Sudan als auch der Südsudan mit einer weiteren militärischen Organisation konfrontiert: den JIUs. Diese Truppe, bestehend zu gleichen Teilen aus Angehörigen der SAF und SPLA, hat eine Gesamtstärke von 39 000 Soldaten, von denen etwa 36 000 Soldaten flächendeckend in der Waffenstillstandszone stationiert sind. Die Stärke in den Sektoren beträgt: Sektor I = 9000, Sektor II = 8000, Sektor III = 7000, Sektor IV = 6000, Sektor V = 6000, Sektor VI = 639 Soldaten. Die Angehörigen der JIUs sind grundloyal, gut und zum Teil auch international ausgebildet und höher bezahlt als die Soldaten und Kämpfer von SAF und SPLA. Der Aufstellung dieser Truppe lag der Gedanke zugrunde, sie als Kern für zukünftige Streitkräfte des Sudan zu nutzen, den Fall vorausgesetzt, das Referendum führe nicht zu einer Abspaltung des Südens. Die Auflösung dieser Truppe bedeutet die Rückverlegung der Anteile der SAF in einer Größenordnung von etwa 12 000 Soldaten aus dem Süden in den Norden bei gleichzeitiger Integration von 18 000 Soldaten in die bestehenden Streitkräfte oder deren Auflösung bei gleichzeitiger Entlassung. Eine Auflösung der Einheiten entlässt den Norden aber nicht aus der Verantwortung, diese Soldaten weiterhin zu alimentieren.

Für den Süden bedeutet die Auflösung der JIUs analog eine Rückverlegung von 6000 Kämpfern und Integration von 18 000 Kämpfern in die bestehenden – oder noch nicht bestehenden – Streitkräftestrukturen. Der Aufnahme und Integration dieser Kräfte kommt sowohl für den Norden als auch für den Süden eine hohe Bedeutung zu, da ein Scheitern ein für beide Seiten großes Konfliktpotenzial enthält.

Der Südsudan wird sich auch in Zukunft einer weiteren Bedrohung (Spillover) durch Rebellenorganisationen ausgesetzt sehen, die von Basen in Nachbarstaaten aus operieren.

Bedrohung durch Rebellen in den Nachbarstaaten

Hierbei handelt es sich zum einen um die Rebellen der SLM, NRF und JEM, die seit Jahren ihren Terror und ihr Unwesen aus Darfur heraus treiben. Über Darfur und die UNAMID-Mission ist in den letzten Jahren sehr prominent berichtet worden, wenn auch leider nicht immer deutlich zum Ausdruck gekommen ist, dass oftmals die Bewohner des Südens im Sektor II auch den Massakern zum Opfer gefallen sind. Betroffen waren und sind hier die Provinzen Northern und Western Bahr Alghazal.

Bei der ständigen Bedrohung aus dem Süden handelt es sich um die Rebellenorganisation der LRA, die vornehmlich aus Uganda und der Demokratischen Republik Kongo operiert. Speziell die LRA wenden die sogenannte „Hit-and-run-Taktik“ an, das heißt, sie dringen in Nacht-und-Nebel-Aktionen auf das Territorium von Western/Eastern Equatoria und Bahr Al Jebel vor, plündern, brandschatzen, vergewaltigen, morden und ziehen sich danach wieder über die Grenze auf sicheres Territorium zurück. Der Südsudan wird – ohne Unterstützung der Nachbarstaaten – diesem Terror mindestens in den ersten Jahren wenig bis

gar nichts entgegensetzen können, da er weder über die nachrichtendienstlichen Fähigkeiten noch die logistischen Kapazitäten verfügt, Kräfte gezielt und schnell in die Krisenregionen zu verlegen.

Unzureichende und inhaltlich mangelhafte Berichterstattung haben zur Folge, dass ein lückenhaftes oder gar falsches Bild von der Lage im Sudan und Südsudan entsteht.

Nur ein erster Schritt

Auf dem Weg zur Staatsgründung hat der Südsudan einen wichtigen Schritt gemacht. Ob es zu einer nachhaltigen Gründung kommen wird und ob dieser Staat lebensfähig sein wird, hängt von vielen Faktoren ab. Am Anfang stehen die Einigung in der Grenzziehung und die Durchführung des Abyei-Referendums. Damit einher geht die Frage der Aufteilung der Devisen aus dem Ölvorkommen und anderer Bodenschätze. Nur wenn beide Seiten für sich zu dem Ergebnis kommen, dass keine Regierung die andere übervorteilt hat und eine akzeptable „Aufteilung der Armut“ anerkennen, ist das Fundament für ein friedliches Mitein-

ander gelegt. Nur so könnte der jahrhundertalte Hass der schwarzen Bevölkerung auf die arabischen Machthaber und Minderheit langsam überwunden werden.

Neben dem Aufbau von staatlichen Strukturen einschließlich der Einbindung aller ethnischen Gruppen, der Bekämpfung der Armut und der Korruption, der Schaffung von lebenswerten Verhältnissen fordert der Südsudan die innere und äußere Sicherheit heraus. Wenn es nicht gelingen sollte, die Stammeszwiste beizulegen, die eigenen Kämpfer und die Rebellen in die Gesellschaft zu integrieren, wenn die aufzubauenden Streitkräfte nicht in der Lage sein werden, die Bewohner des Südsudan vor Angriffen von Rebellen aus Darfur und den Nachbarstaaten Uganda und der Demokratischen Republik Kongo zu schützen, werden die Stämme ihr Schicksal wieder allein in die Hand nehmen. Der Südsudan und seine leidenden Menschen werden dann schneller als gedacht im Chaos versinken und zu einer weiteren Destabilisierung dieser fragilen Region beitragen.

Die Juni-Ausgabe der **Politischen Meinung** wird sich der Frage

„Ist der Fortschritt noch zu retten?“

stellen. Dabei werden sowohl konkrete energiepolitische und demoskopische Aspekte in den Blick genommen als auch die grundsätzliche Problematik eines neu zu bestimmenden Wachstumsverständnisses.